

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Krauß, Druck: A. Beckner, Druck- u. Verlagsanstalt: A. Beckner & Co., Anst. Kr. 1/11, Geschäfts- u. Verlags-Platz: Erzgebirgskamp, Erzgebirg - Aue, Nr. 11.

Das Wichtigste vom Tage.

In seiner Botschaft hat der neue amerikanische Präsident Harding sich für die europäischen Fragen völlig freie Hand vorbehalten.

Die Antwort des Völkerbundes an Amerika über die Kolonialmandate besagt, daß nicht der Völkerbundrat, sondern der Oberste Rat für die Bewilligung der Insel Madag an Japan zuständig ist.

Aus Helsingfors wird gemeldet, daß es der Sowjetregierung gelungen ist, den Aufstand in Petersburg zu unterdrücken, nachdem Brontruppen hinzugezogen waren. Inzwischen werden aus Petersburg und Kronstadt neue Aufstände gemeldet.

Dr. Carls unausgeführtes Sparprogramm.

Der zur Prüfung der Ersparungsmöglichkeiten eingesetzte Ausschuss des Reichstages ist gestern nachmittags zu einer Sitzung zusammengetreten, in der im wesentlichen über die Lage beraten werden sollte, die sich aus dem Austritt des Sparkommissars Dr. Carl ergeben hat. Wie wir erfahren, wird dabei der Antrag eingebracht werden, eine Kommission zu bilden, der je 3 Mitglieder des Reichstages und des Reichsrates angehören sollen und zu der auch Dr. Carl als Mitglied hinzugezogen werden soll. Hierdurch hofft man zu erreichen, daß seine wertvollen theoretischen Erfahrungen praktisch verwertet werden können. Kurz vor seinem Austritt hat Dr. Carl sein Programm in einer ausführlichen Denkschrift niedergelegt, die dem Reichstag zugehen soll. Sie dürfte Gegenstand sorgfältiger Beratungen werden. Das Programm Dr. Carls hat zum Ziel eine bis in die äussersten Einzelheiten durchgreifende, schonungslose Umgestaltung des gesamten Verwaltungsbetriebes. Seine erste Forderung geht dahin, zu Beginn oder im Laufe des Haushaltsjahres 1921 (an) Reichsministerien aufzulösen, nämlich das Reichswirtschaftsministerium, das Reichsarbeits-, Reichsfinanzen-, Reichsernährungs- und Wieder- aufbauminstenrium. An Stelle der aufgelösten Ministerien solle ein einziges neues Ministerium errichtet werden, so daß also eine Ersparnis von vier größeren Zentralbehörden eintreten würde. Das neue Ministerium soll ein Ministerium für Wirtschaft und Arbeit werden, das die Aufgaben der aufgelösten Ministerien, soweit sie nicht den bestehenden gebliebenen zugeteilt werden, in sich aufnehmen hätte. Eine Kommission unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers, in der jedes betroffene Ministerium vertreten ist, soll die Ausführung übernehmen. Derselbe Kommission, verstärkt durch je einen Vertreter der nicht beteiligten Ministerien, hätte sodann Vorschläge über die Organisation der einzelnen Ministerien zu machen.

Dr. Carl hat ferner Richtlinien für einen Normalaufbau der einzelnen Ministerien ausgearbeitet, die eine wesentliche Einschränkung des Beamtenapparates bezwecken, ferner Grundlinien für die Neuordnung der Bezirke und Lokalbehörden des Reiches. Eine Unter- scheidung und Entlastung des Reiches und der Länder in der Erfüllung staatlicher Aufgaben wirtschaftlicher und sozialer Art werden in einem Unterpunkte angestrebt, in dem Dr. Carl die Einrichtung von Wirtschafts- gebieten mit möglichst weitgehender Selbst- verwaltung raschestens zu fördern verlangt. Bei der Erfüllung kultureller und wirtschaftlicher Aufgaben sollen Reich und Länder fernerhin durch den Versuch, mit Hilfe geeigneter Organisationen freiwillige Beiträge aufzubringen, entlastet werden. Das Programm Dr. Carls greift in dem Vorschlag, eine Reihe von Maßnahmen aus ihre Durchführbarkeit zu prüfen. Er verlangt vor allem ein gesundes Ausbalancieren von Ausgaben und Einnahmen im Reichshaushalt. Des- weil er dadurch erreichen will, daß die von den einzelnen Ministerien zum Haushalt für 1921 angemeldeten Aus- gaben so lange zu beschneiden sind, bis sie in einem von vornherein fest zu bestimmenden, aus der steuerlichen Leistungsfähigkeit sich ergebenden Einnehmetrag zer- teilen finden. Sodann fordert Dr. Carl auch noch eine Bestimmung in das Haushaltsgesetz, wonach alle Aus- gaben, die nach Abschluß des Haushaltsjahres beschlos- sen werden, ohne daß ihnen sofort entsprechende Einnahmen gegenüberstehen, im Wege der Anleihe oder, falls eine solche verlangt, im Wege der Zwangsanleihe gedeckt wer- den müssen.

Hardings Antrittsbotschaft.

Wahrscheinlich in Europa.

In seiner Antrittsbotschaft bei der Auserkennung der Präsidentschaft erklärte Harding, die neue amerikanische Regierung beabsichtige, eine Politik der Wahrscheinlich- keit in die Angelegenheiten Europas zu betreiben. Sie lehnt es ab, an irgend einer dauernden militärischen Allianz teilzunehmen oder irgendwelche ausländische wirtschaftliche Verbindungen zu übernehmen. Sie ist jedoch bereit, an einer Konferenz über die Abrüstungsfrage teil-

zunehmen. Harding tritt für die Schaffung eines Weltgerichtshofes zur Regelung wichtiger Fragen ein und erklärt: Wir werden keiner Nation einen po- lichen Grund geben, mit uns Krieg zu führen. Ich hoffe jedoch, daß, wenn uns von neuem der Krieg auf- gezwungen wird, er dann Amerika in nationaler Ver- teidigung vereinen wird. In Anbetracht des Wett- bewerbes des Auslandes erklärt sich die Bot- schaft für den Schutz der amerikanischen In- dustrie und sagt weiter: Wir können nicht mit Er- folg verkaufen, wenn wir die amerikanischen Waren nicht in amerikanischen Fahrzeugen auf die Welt- märkte bringen. Außerdem tritt der Präsident ein für eine Verminderung der Steuerlasten, ange- messene Kreditleistungen und für den Frieden in der Industrie. Für die Schuldverbindungen, welche aus dem Kriege entstanden sind, müsse ge- sorgt werden, da keine Zivilisation ihre Richtanerken- nung überleben könnte.

Hardings Programm.

Chicago Tribune meldet, daß das Programm Har- dings über die internationale Politik folgende Punkte enthalten werde:

1. Friedensschluß mit Deutschland in Uebereinstimmung mit der Entscheidung des Senats Lodge, die von Wilson verworfen wurde
2. Einreichung von Vorschlägen an die ausländi-

chen Regierungen über eine Ein[chränkung der Rüstungen.

3. Gründung eines internationalen Ge- richtshofes.

4. Einberufung einer internationalen Kon- ferenz zur Regelung derjenigen politischen Angelegenheiten, die nicht in den Wirkungs- kreis des Gerichtshofes fallen. Die Konferenz soll Maßnahmen beschließen, um zu einem Welt- rieden zu gelangen.

Das Programm wird ferner fordern, daß der Versailles Vertrag verworfen wird, und wird gleichzeitig eine Reorganisation des Völkerbundes vorzuschlagen.

Hardings Kabinett.

Das neue Kabinett wird aus folgenden Mitgliedern bestehen: Staatssekretär Hughes, Schatzmeister Mel- lon, Kriegsminister Weeks, Postminister Hoge, Ju- stizminister Daugherty, Staatssekretär der Marine Edwin Denby, Staatssekretär des Innern Wall, Staatssekretär für Handel Hoover, für Arbeit Ja- mes Davis, für Ackerbau Wallace.

Harding empfiehlt sich als Freund der Alliierten.

Der Herald meldet: Harding leitete seine Präsidentschaft mit Begrüßungstelegrammen bei den alliierten Kabinetten ein. In denen der Präsident sich als Freund der Alliierten einführt.

Vor schwerwiegenden Entscheidungen.

Verhandlungsmöglichkeiten?

Nr. Gleichzeitig mit dem Steuerbericht über den von den Schweizern der alliierten Delegationen gefaßten Beschluß bezüglich der Antwort auf die deutschen Gegen- vorschläge, in dem es hieß, daß Deutschland binnen vier Tagen zu unterzeichneten habe wurde bezeichnenderweise von dem Welt Parlier, dem offiziellen Organ der fran- zösischen Regierung eine Meldung über den gleichen Gegenstand verbreitet, deren Sinn dahin ging, daß zwar ein Ultimatum gestellt werden würde, daß es sich dabei aber um ein Ultimatum mit neuen Vorschlä- gen handelte. Da diese Version gerade von franzö- sischer Seite zu uns kam, dürfte sie besondere Auf- merksamkeit beanspruchen, und die weitere Entwicklung hat ihr denn auch recht gegeben. Zunächst gingen die Meinungen auseinander. Der eine Teil der Londoner Berichte schien zu besagen, daß wir am Montag erst die Parrier Beschlüsse zu unterzeichnen und nachher neue Vorschläge zu machen hätten, der andere ging da- hin, daß wir unterzeichnen oder bessere Vorschläge un- terbreiten sollten. Schon eine Betrachtung der ganzen Lage sprach für die zweite Auffassung und auf sie werden wir uns denn auch einzustellen haben. Es läßt sich zunächst natürlich noch nicht sagen, wie die Dinge sich im einzelnen weiter entwickeln werden, da der dafür nötige Beschluß der Reichsregierung der Öffentlichkeit noch unbekannt ist und erst am Montag von Dr. Si- mon den Alliierten mitgeteilt werden wird. Vieles spricht dafür, daß die Alliierten die größte Reizung ha- ben, durch ein möglichst demonstratives Overie- ren mit den Sanktionen, von denen aber be- merkenswerterweise der militärische Teil vorerst noch zurückgestellt zu sein scheint, auf die öffent- liche Meinung in Deutschland einen möglichst starken Druck auszuüben. Die Untündigung der Besetzung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort läßt auch bereits erkennen, daß man dabei in geradezu raffinierter Weise vorgehen gedenkt. Schon daraus erhellt, daß die Alliierten glauben, das deutsche Volk schließlich doch wieder zu bekommen, nachdem es erstaun- licherweise bisher eine ungewöhnliche Festigkeit bewie- sen hat. Die wieder außerordentlich geschickte Methode der Beeinflussung wird z. B. auch durch die Rede Lloyd Georges erwiesen, der mit größter Ueber- zeugung auf einen Umfall der Stimmung in der deutschen Arbeiterklasse spekuliert, weil er damit Geschäfte zu ma- chen hofft. Er wird sich aber täuschen und hier liegt zugleich der entscheidende Angelpunkt der ganzen Situation für jetzt und die nächste Zukunft. Mit Recht ist daran erinnert worden, daß wir auch in Spa ein Ultimatum erhalten und daß trotzdem weiterverhan- delt worden ist. Auch wenn während der nächsten Zeit mit allen Mitteln versucht wird, das deutsche Volk wan- tend zu machen, wird man diesmal erleben, daß es pe- ren alle Versuche und Einschüchterungen uner- schütterlich bei seinem Nein! verharret.

Die Sachverständigen lehnen einmütig ab.

Die Zwangsmassnahmen schwer, aber nicht unerwartet.

Unter der Leitung des Reichsanzlegers fand gestern nachmittags eine Aussprache des Sachverständigenausschusses über die wirtschaftlichen Wirkungen der von der Londoner Konferenz angeordneten Zwangsmassnahmen statt. Alle Anwesenden waren einer Meinung darüber, daß die Maßnahmen auf das deutsche Wirtschaftsleben schwerste Wirkungen ausüben würden, daß diese Wirkungen aber die Regierung von dem Standpunkt, die Unterschrift von Verpflichtungen abzulehnen, welche zu gewissen Umständen zu gehörend seien, nicht abbringen könnten. Bei einer Besprechung, welche gleich- zeitig von Reichsminister des Innern, mit den parlamentarischen

Vertretern des besetzten Gebietes abhielt, wurde festgestellt, daß die angeordneten Zwangsmassnahmen schwer, aber nicht unerwartet seien, und daß die Regierung wegen des zu befürchtenden Schädigungen soweit als möglich Vorbeuge- massnahmen ergreifen müsse. Die angeordneten Maßnahmen können keine Ver- anlassung geben, die von der Reichsregierung bisher eingehen- ne Haltung zu ändern.

Beratungen zwischen Regierung und Parteiführern.

Der Reichstagen-Ausschuss des Reichstages hat sich gestern mit der Lage beschäftigt. Im Hinblick darauf, daß aus London vorliegende Material nicht vollständig authentisch vorliegt, ist eine Beschädigung der Fraktionen mit der Regie- rung und eine Stellungnahme dazu vorerst nicht möglich. Die Fraktionen wurden gebeten, miteinander zu bleiben und sich für schwerwiegende Entscheidungen bereit zu halten. Sobald das in Frage kommende Material bereitliegt, wird der Reichsanzleger die Parteiführer empfangen und sich mit ihnen über die Lage besprechen. Ob der Reichstag heute, Sonn- abend, zu den Vorgängen in London Stellung nehmen kann, steht dahin. Möglichenfalls soll eine Abend- oder Sonntagssitzung stattfinden.

Kein Umfoll der Regierung.

Gegenüber Umdeutungen über einen angeblichen Um- fall unserer Regierung hinsichtlich der Verhandlungen in London wird an Berliner unterrichteter Stelle ver- sichert, daß über neue Vorschläge, die wir in London gemacht haben sollen, nichts bekannt ist. An der po- litischen Situation hat sich nichts geändert. Ueber die Umschaltungen unserer Delegation zu der Rede Lloyd Georges liegt noch kein Bericht vor. An Regie- rungsstelle wird die Rede des englischen Premiermini- sters einer eingehenden Prüfung unterzogen, um ihre Bedeutung zweifelsfrei festzustellen. Nach der bishe- rigen Feststellung wird sie Punkt für Punkt angefochten und als im Widerspruch mit den Bestimmungen des Pa- rrier Vertrages stehend besunden.

Versuche Bildung einer Einheitsfront.

Wie das W. Z. schreibt, versucht die Deutsche Volkspartei, eine Einheitsfront von deutschnationalen bis zu den Mehrheitssozialisten zustande zu bringen. Bei den Mehrheitssozialisten scheint indessen wenig oder gar keine Reizung dafür zu bestehen. Von deutschnationaler Seite wird dem Lokalanzeiger gegen- über betont, daß die Fraktion an sich bereit sei, in die Regierung einzutreten.

Einlenken in London!

Der N. N. G. gibt folgendes Stimmungsbild über die Lage in London: Man kann jetzt sagen, daß die Krise vorläufig überwunden ist und daß Grund besteht zu einer optimistischeren Auffassung. Die Gefahr be- stand darin, daß das angekündigte Ultimatum weitere Unterhandlungen hätte ausschließen und die Deutschen vor ein unantastbares Diktat stellen können, das einen Abbruch der Verhandlungen bedeutet haben würde. Davon ist nicht mehr die Rede. Es ist nicht zu verkennen, daß das englische Entgegenkommen über die französische Unterechtheit gesteht hat. (?) Die Lage macht jetzt auf beiden Seiten einen verhältnismäßig nicht ungun- stigen Eindruck. Die Besetzung von Ultimatum für die Forderungen der Entente ist ungenau (?), weil die Möglichkeit zu Verhandlungen durch sie doch wieder eröffnet wird. Man fordert keine endgültige Entscheidung bis Montag, sondern nur einen annäh- erbaren Gegenvorschlag, der auch im ungünstigsten Falle Gegenstand weiterer Besprechungen sein könnte.

London hofft auf Verständigung.

Ein Reuterstelegramm meldet über die Donnerstag- sichtigung: Die Gewildung Dr. Simons läßt die Hoffnung

PIPEL-Geschäft
Anstalt
...
amasthen
...
pf
...
Gauger
...
schmud
...
Schmalz
...
leche,
...
11,50
12,50
14,00
h,
...
hause,
...
erei
...
a!
...
er
...
38.